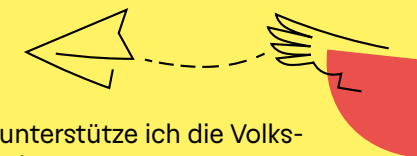


# Volksinitiative: Hamburg soll Grundeinkommen testen!



Unterschriftsliste Nummer<sup>1</sup>

□□□□□□ (nicht ausfüllen)

Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung:

10.02.2020<sup>3</sup>

Erklärungen:

- Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zum Erlass des oben genannten Gesetzes.
- Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf des Gesetzes im vollständige Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen. Der Gesetzesentwurf ist unter [www.expedition-grundeinkommen.de](http://www.expedition-grundeinkommen.de) einsehbar.

für die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Hamburg<sup>2</sup>.

Für die Initiatoren erklärungs berechtigte Personen:

- 1.
- 2.
- 3.

Lfd. Nr.	Familien-, Vorname(n)	Straße und Hausnummer der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung in Hamburg	PLZ	Geburtsjahr	Datum	Unterschrift	Amtliche Vermerke
1							
2							
3							
4							
5							

# ENTWURF

Hinweise:

Die Volksinitiative zum Erlass des Gesetzes zur Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens (VABstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftslisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftenleistung unterschreiben. Fehlt eine dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungsberechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 34 Absatz 5 des Hamburgischen Meldegesetzes

eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in der Unterschriftsliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.

- Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt.
- Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt,
  - für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
  - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VABstG),
  - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VABstG),

- sie dürfen den Gesetzesentwurf oder die andere Volksinitiative zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VABstG);
- für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
  - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VABstG),
  - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung der Vorlage der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VABstG).

<sup>1</sup> Fortlaufende sechsstellige Nummer – für die Initiatorenlisten ist die Anfangsziffer "4" zu verwenden.

<sup>2</sup> Titel des Gesetzes bzw. Name des Gegenstandes ist von den Initiatoren vor der ersten Unterschriftenleistung einzutragen.

<sup>3</sup> Vor der ersten Unterschriftenleistung von den Initiatoren auszufüllen.

